

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Dennis Jahn (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung namens der Landesregierung

Korruption in der EU und Einflussnahme in Niedersachsen

Anfrage des Abgeordneten Dennis Jahn (AfD), eingegangen am 09.01.2023 - Drs. 19/281
an die Staatskanzlei übersandt am 16.01.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung namens der Landesregierung vom 14.02.2023

Vorbemerkung des Abgeordneten

Seit dem 09.12.2022 sind Korruptionsvorfälle in Brüssel bekannt geworden, vor allen Dingen in der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D). Die Gelder, die bei der EU-Abgeordneten und Vizepräsidentin des EU- Parlaments Eva Kaili gefunden wurden, stammen nach Medienberichten mit hoher Wahrscheinlichkeit aus Katar und Marokko.

In Bezug auf die WM hat Ministerpräsident Stephan Weil die Bemühungen der Kataris bei Markus Lanz im ZDF am 25.11.2022 gelobt. In Bezug auf Katar sind Menschenrechtsverletzungen, striktes Verbot von Homosexualität, Ausbeutung von Arbeitsmigranten aus Asien und Korruption bei der Vergabe der WM bekannt.

Stephan Weil sieht in Katar einen zuverlässigen Partner, um die LNG-Terminals in Niedersachsen (wie das in Wilhelmshaven) konsequent zu beliefern. Niedersachsen verfügt jedoch auch selbst über natürliche Erdgas-Ressourcen. Deutschland habe selbst noch schwarze Flecken in Sachen Arbeitsbedingungen, meinte Ministerpräsident Weil bei „Lanz“. Als Ministerpräsident von Niedersachsen sei er verpflichtet, mit Katar gute Beziehungen zu pflegen, da das Land 17 % Stimmenanteil bei VW besitze sowie 10,5 % der Aktien des Großkonzerns. Im VW-Aufsichtsrat wird Katar von Mansoor Bin Ebrahim Al-Mahmoud (Chef der Qatar Investment Authority) und der ehemaligen katarischen Ministerin Hessa Sultan Al Jaber repräsentiert. Die Verbindungen zu Katar werden weiter durch das LNG-Gasabkommen geprägt, unterzeichnet von Wirtschaftsminister Robert Habeck im März, welches der Ministerpräsident begrüßt hat.

1. Sind der Regierung Fälle bekannt, in denen fremde Staaten wie z. B. Katar versucht haben, Einfluss auf Regierungsmitglieder in Niedersachsen zu nehmen?

Der Landesregierung sind solche Fälle nicht bekannt.

2. Wie bewertet die Landesregierung das Handelsabkommen, das Wirtschaftsminister Habeck im März unterschrieben hat?

Der Landesregierung ist ein in der Frage aufgeführtes „Handelsabkommen“ nicht bekannt. Soweit die „Joint Declaration of intent between the Government of the State of Qatar and the Government of the Federal Republic of Germany on Cooperation in the field of energy“ gemeint ist, liegt die Entscheidungsverantwortung allein im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Die Landesregierung nimmt dazu keine Bewertung vor.

3. Was plant die Landesregierung, um eine Abhängigkeit von Katar oder anderen Lieferanten zu vermeiden?

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, den weltweiten Freihandel durch europäische Freihandelsabkommen und durch die Aufrechterhaltung der Regeln der WTO zu stärken. Für die im Vorwort dieser Anfrage aufgeführte Belieferung von LNG-Terminals in Niedersachsen ist die Landesregierung nicht zuständig.

4. Wie bewertet die Landesregierung den Einfluss von Katar auf VW?

Die Qatar Holding LLC ist zuständig für die strategischen und direkten Investitionen des Emirats Katar. Seit 2009 beträgt der Stimmrechtsanteil der Qatar Holding LLC bei der Volkswagen AG 17 %. Die mit diesem Stimmrechtsanteil verbundenen Einflussnahmemöglichkeiten ergeben sich aus den geltenden allgemeinen Vorschriften. Das Emirat ist damit mittelbar der drittgrößte Aktionär der Volkswagen AG. Bisher hat sich Katar in diesem Zusammenhang als ein seriöser und zuverlässiger Geschäftspartner erwiesen.

5. Wie stehen der Ministerpräsident und die Landesregierung zur Förderung von Erdgas in Niedersachsen?

Ziel der Landesregierung ist die Klimaneutralität. Zugleich übernimmt die Landesregierung in Zeiten des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine Verantwortung für die bundesweite Energiesicherheit. In Niedersachsen wird seit Jahrzehnten Erdgas gefördert, welches mit einem Anteil von rund 5 % zur Deckung des gesamtdeutschen Erdgasbedarfes beiträgt und die Abhängigkeit von Erdgasimporten verringert sowie die Versorgungssicherheit stärkt. Gleichwohl werden sich die Nutzung von Erdgas sowie dessen Förderung künftig an den Klimazielen ausrichten. Auf dem dafür erforderlichen Transformationsweg der Wirtschaft wird die Förderung von Erdgas langfristig beendet. Die rechnerische Reichweite der sicheren und wahrscheinlichen heimischen Rohgasreserven in Deutschland, d. h. der Quotient von Reserven und derzeitiger Erdgasförderung, liegt ausweislich des LBEG lediglich bei 7,4 Jahren. Der Beitrag der heimischen Erdgasförderung für die Versorgungssicherheit ist somit begrenzt. Bis dahin wird von der Landesregierung sichergestellt, dass die Erdgasförderung in Niedersachsen unter höchsten Sicherheits-, Umwelt- und Gesundheitsstandards erfolgt.

Die Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking lehnt die Landesregierung überdies ausdrücklich ab.

6. Wie steht der Ministerpräsident zu seinen Aussagen bezüglich der Einführung von Mindestlohn und weiteren Maßnahmen für den Arbeitsmarkt in Katar?

Der Ministerpräsident hat seinen damaligen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Der Vorwurf bezahlter Einflussnahme durch den Staat von Qatar auf Abgeordnete des Europäischen Parlaments muss jedoch rasch und gründlich aufgeklärt werden. Es liegt auf der Hand, dass auch nur der Versuch, in unzulässiger Weise Einfluss auf die EU-Politik zu nehmen, einen schweren Rechtsverstoß darstellen würde.

7. Ist die Landesregierung gewillt, Katar für seine mögliche Einflussnahme in der EU offen zu kritisieren?

Gemäß Artikel 32 Abs. 1 des Grundgesetzes ist die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten Sache des Bundes. Daher nimmt die Landesregierung keine Bewertung vor, durch die diese Beziehungen beeinflusst werden könnten.

(Verteilt am 16.02.2023)